

## **Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 14.-15. März**

(Stand: 15.03., 16:00 Uhr)

### **Inhalt:**

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionsbeschlüsse**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Meldungen zur ukrainischen Wirtschaft**
- **9. Hilfsaktionen**

## 1. Aktuelle Informationen / Deutschland

### OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir halten die Dokumente dann fortlaufend aktuell.

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Tatjana Pushina, [t.pushina@oa-ev.de](mailto:t.pushina@oa-ev.de), Tel: 030-206167128.

---

### **BITTE UM BETEILIGUNG!**

#### **Ost-Ausschuss-Umfrage**

Wir möchten Sie bitten, an unserer Umfrage zu den wirtschaftlichen Folgen der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine auf ihr Geschäft teilzunehmen. Unter diesem [Link](#) kommen Sie zur Umfrage.

Ihre Antworten helfen uns, ein noch genaueres Bild der Situation zu erhalten und Sie bestmöglich zu unterstützen. Außerdem sind wir in Gesprächen mit den zuständigen staatlichen Stellen, um Hilfen für betroffene Unternehmen zu koordinieren. Bitte formulieren Sie deshalb Ihre Antworten so präzise wie möglich.

Die Ergebnisse der Umfrage stellen wir Ihnen im Anschluss zur Verfügung. Ihre Daten werden vertraulich behandelt, die Ergebnisse anonymisiert und nicht an Dritte weitergegeben. Bei eventuellen Fragen wenden Sie sich bitte an Jens Böhlmann ([j.boehlmann@oa-ev.de](mailto:j.boehlmann@oa-ev.de)) oder Stefan Kägebein ([s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)).

---

#### **Jobangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine**

Der Ost-Ausschuss hat eine Koordinationsstelle eingerichtet, die dabei hilft, ukrainischen Flüchtlingen in Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa zu vermitteln.

Erste Jobangebot finden Sie auf unserer Webseite:

[Jobs \(gu-dp.com\)](#)

Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an: Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

**Zusammenfassung: 15. März: Online-Briefing des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Zentralasien, 9:00 – 10:30 Uhr**

Moderation: Manfred Grundke, Arbeitskreissprecher Zentralasien im Ost-Ausschuss; Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses; Referenten von AA, AHK

Die Auswirkungen des Kriegs Russland gegen die Ukraine auf die Region Zentralasien standen im Mittelpunkt der Sitzung des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Impulse für die Diskussion kamen von der deutschen Botschafterin in Nur-Sultan Monika Iwersen, von dem Delegierten der Deutschen Wirtschaft in Zentralasien Hovsep Voskanyan und dem deutschen Botschafter in Duschanbe Andreas Prothmann. Die ursprünglich avisierte Diskussion zu den Januar-Ereignissen in Kasachstan und deren möglichen Auswirkungen geriet beinahe in den Hintergrund im Hinblick auf aktuellen Herausforderungen des Ukraine-Kriegs.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus der Sitzung waren:

Die Länder Zentralasiens werden mit größter Wahrscheinlichkeit bei ihrer neutralen, multivektoral Politik bleiben. Zu stark ist die politische und wirtschaftliche Verflechtung mit Russland, als dass man sich der westlichen Sichtweise anschließen könnte. Was aber nicht hieße, dass der Krieg gegen die Ukraine unterstützt werde. Hier wurden in den vergangenen Tagen klare Aufrufe für diplomatische Lösungen laut.

Die Auswirkungen der Russland-Sanktionen sind bereits jetzt in der Region spürbar, vor allem bei der Währungsabwertung, die in vielen Ländern der Abwertung des Rubels folgt, wenn auch nicht in dem gleichen Ausmaß. Und auch in den Bereichen Transport und Logistik werden die ersten Herausforderungen registriert, auch wenn es insgesamt bislang recht reibungslos läuft. Doch schon jetzt strahlen die Lebensmittelexportverbote Russlands oder die Sorge von der Rückkehr der Arbeitsmigranten in die einzelnen Länder aus.

Durch die Russland-Sanktionen und den Rückzug westlicher Unternehmen aus Russland tritt die Region aber auch zunehmen aus dem Schatten des großen Nachbarn und wird als Investitionsstandort sichtbarer. Vor allem Kasachstan und Usbekistan könnten dadurch profitieren. Bereits jetzt schauen westliche, aber auch russische Unternehmen nach Möglichkeiten, ihre Unternehmen in die Region zu verlegen. Dabei geht es nicht um die Umgehung der Sanktionen, sondern die Abmilderung der Sanktionswirkungen. Also um Unternehmen, die nicht sanktioniert sind, aber eine funktionierende finanzielle und logistische Kette für ihr Wirken benötigen.

Positiv wurde in der Runde die Reform-Dynamik in Kasachstan bewertet. Die Januar-Ereignisse waren ein Weckruf für die Staatsspitze, die sozialen Reformen werden nun vorangetrieben. Sie werden ihre Zeit benötigen, aber das Land nach Vorne bringen.

Eduard Kinsbruner, Ost-Ausschuss  
-----

## **GTAI-Übersicht**

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://gtai.de)

-----

## **Statistiken zur Wirtschaft in Russland und der Ukraine**

Auf dieser Seite des Statistischen Bundesamts finden sie gebündelte Informationen zur Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine und der Lage deutscher Unternehmen:

[Ukraine - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](https://www.destatis.de)

-----

## 2. Terminübersicht

### **16. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 UHR**

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

-----

### **16. März: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft von AA, BMWK, BAFA und BMF, 11:30 – 13:00 Uhr**

Seit dem 2. März bieten Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium immer mittwochs von 11:30 – 13:00 Uhr ein aktuelles Briefing zur den wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine und den Auswirkungen von Sanktionen an. Anmeldung und Informationen bei: Caren Brinkmann, [402-s@auswaertiges-amt.de](mailto:402-s@auswaertiges-amt.de)

-----

### **21. März: „Russland-Krise – Auswirkungen auf Estland, Lettland und Litauen“, 10:00 – 11:15 Uhr (Online)**

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen auf die baltischen Staaten. Das Hintergrundgespräch dient einem vertraulichen Austausch zu diesem Themenkomplex und einer Einschätzung der aktuellen Lage. Zu den Referenten gehören unter anderem die deutschen Botschafter in der Region.

Sollten Sie kein Ost-Ausschuss-mitglied sein, aber Interesse an dem Austausch haben, melden Sie sich gerne bei Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa, [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

Die Teilnahme ist nur nach Bestätigung möglich. Die Einwahldaten für die Videokonferenz lassen wir Ihnen vorab zukommen. Es gelten die Chatham House Rules.

-----



## Russland und der Westen

### Zeitenwende

### Wie umgehen mit einem repressiven und konfrontativen Russland?

24. März 2022, 19:00 - 21:00 MEZ

[Anmelden](#)

Einleitung: **Michail Chodorkowski**

Grundsatzrede: **Annalena Baerbock**, Bundesaußenministerin (tbc)

Diskussion:

- **Michael Roth**, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, SPD
- **Roderich Kiesewetter**, MdB, Sprecher für Krisenprävention, CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**, MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, FDP
- **Agnieszka Brugger**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Moderation: **Ralf Fücks**, Zentrum Liberale Moderne

Perspektivwechsel: Gespräch mit

- Botschafter **Daniel Fried**, Atlantic Council
- **Pavlo Klimkin**, ehem. Außenminister der Ukraine (tbc).

Moderation: Botschafter **Boris Ruge**, stellv. Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

Die Diskussion wird simultan ins Englische, Russische und Deutsche übersetzt.

Bei Rückfragen, wenden Sie sich bitte an [events@libmod.de](mailto:events@libmod.de)

**25. März: Aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland, Business for Business, 14.00 Uhr MEZ**

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland möchten Sie zur 2. Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 25. März 2022, 14.00 Uhr MEZ einladen. Bitte beachten Sie, dass der Anmeldeschluss am Donnerstag, 24. März um 16.00 Uhr ist.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Für Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart ([c.schuchart@oa-ev.de](mailto:c.schuchart@oa-ev.de)) oder Jens Böhlmann ([j.boehlmann@oa-ev.de](mailto:j.boehlmann@oa-ev.de)).

-----

**28. März: „GAA\_Insight: Aktuelle agrarrelevante Entwicklungen in Osteuropa und Zentralasien“, Montag, 28. März 2022 von 9.00 bis 10.00 Uhr (MEZ)**

Wenn Sie teilnehmen möchten, dann melden Sie sich bitte **zum 16. März 2022** unter folgendem Link an:

<https://forms.office.com/r/Z03Vedm1hx>

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist für mehrere Vertreter Ihres Unternehmens bzw. Verbandes möglich. Den Einwahllink erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Per Brodersen: [p.brodersen@oa-ev.de](mailto:p.brodersen@oa-ev.de)

-----

### 3. EU-Sanktionsbeschlüsse (Entwicklung seit dem 11. März)

Die Europäische Union hat inzwischen Details zum vierten großen Sanktionspaket gegen Russland seit Beginn des Krieges vorgelegt:

Eisen, Stahl, Luxusgüter, Oligarchen: Viertes Sanktionspaket gegen Russland vereinbart

Die Europäische Kommission hat die heutige (Dienstag) Einigung der EU-Staaten auf ein viertes Sanktionspaket gegen Russland begrüßt. Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten die neuen Maßnahmen gemeinsam mit der Europäischen Kommission bei ihrem informellen Gipfel in Versailles in der vergangenen Woche auf den Weg gebracht. Sie haben zum Ziel, „Russland weiter zu isolieren und ihm die Ressourcen zu entziehen, die es zur Finanzierung dieses barbarischen Krieges einsetzt“, hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Versailles [erklärt](#). Die Sanktionen wurden mit internationalen Partnern, vor allem den Vereinigten Staaten, abgestimmt. Unter anderem wird Russland der Meistbegünstigtenstatus auf den EU-Märkten entzogen und so wichtige Vorteile, die Russland als WTO-Mitglied genießt, aufgehoben.

Die Einfuhr von wesentlichen Gütern im Eisen- und Stahlsektor aus der Russischen Föderation wird verboten, und ein Ausfuhrverbot von Luxusgütern der EU wie Luxusautos und Schmuck nach Russland trifft direkt die russischen Eliten. Auch die Liste sanktionierter Oligarchen wird erweitert.

Folgende Maßnahmen haben die EU-Staaten erlassen:

- Ein vollständiges Verbot jeglicher Transaktionen mit bestimmten russischen Staatsbetrieben in verschiedenen Sektoren - dem militärisch-industriellen Komplex des Kremls.
- Ein EU-Einfuhrverbot für die Stahlerzeugnisse, die derzeit unter EU-Schutzmaßnahmen fallen, was für Russland einen Verlust an Exporteinnahmen in Höhe von rund 3,3 Mrd. Euro bedeutet. Zum Ausgleich werden erhöhte Einfuhrkontingente an andere Drittländer verteilt.
- Ein weitreichendes Verbot von Neuinvestitionen im gesamten russischen Energiesektor, mit begrenzten Ausnahmen für die zivile Kernenergie und den Rücktransport bestimmter Energieerzeugnisse in die EU.
- Ein EU-Ausfuhrverbot für Luxusgüter (z. B. Luxusautos, Schmuck usw.), um die russischen Eliten direkt zu treffen.
- Darüber hinaus wurde die Liste der sanktionierten Personen und Einrichtungen um weitere Oligarchen und Wirtschaftseliten mit Verbindungen zum Kreml sowie um Unternehmen aus dem Militär- und Verteidigungsbereich erweitert, die die Invasion logistisch und materiell unterstützen. Es gibt auch neue Listen von Akteuren, die in



der Desinformation tätig sind.

- Ein Verbot der Bewertung Russlands und russischer Unternehmen durch EU-Rating-Agenturen und der Erbringung von Rating-Dienstleistungen für russische Kunden, wodurch sie weiter Zugang zu den EU-Finanzmärkten verlieren würden.

#### Verweigerung des Status der Meistbegünstigung für Russland

Die EU hat sich heute zusammen mit anderen Mitgliedern der Welthandelsorganisation (WTO) auch darauf geeinigt, russischen Produkten und Dienstleistungen den Meistbegünstigungsstatus auf den EU-Märkten zu verweigern. Dies folgt einer Ankündigung der G7-Mitglieder vom Freitag. Damit werden die erheblichen Vorteile, die Russland als WTO-Mitglied genießt, ausgesetzt. Diese Maßnahmen gegen Russland schützen die wesentlichen Sicherheitsinteressen der EU und ihrer Partner angesichts der unprovokierten, vorsätzlichen und ungerechtfertigten Aggression Russlands gegen die Ukraine, die von Belarus unterstützt wurde. Sie sind nach WTO-Recht voll und ganz gerechtfertigt.

#### Hintergrund

Die heutige Vereinbarung baut auf den weitreichenden Maßnahmenpaketen auf, mit denen die EU auf Russlands Aggression gegen die territoriale Integrität der Ukraine und die zunehmenden Gräueltaten gegen ukrainische Zivilisten und Städte reagiert hat. Als Hüterin der EU-Verträge ist die Europäische Kommission für die Überwachung der Durchsetzung der EU-Sanktionen in der gesamten Union zuständig. Die EU ist mit der Ukraine solidarisch und wird gemeinsam mit ihren internationalen Partnern die Ukraine und ihre Bevölkerung weiterhin unterstützen, auch durch zusätzliche politische, finanzielle und humanitäre Hilfe.

Weitere Informationen:

[Vollständige Pressemitteilung](#)

[Erklärung zum vierten Sanktionspaket von Kommissionspräsidentin von der Leyen](#) am Freitag in Versailles

Hintergrund: [Fragen und Antworten](#) zu Sanktionen der EU

[Website: EU-Unterstützung für die Ukraine](#)

-----

Übersicht über die zu Beginn des Krieges eingeführten Exportverbote der EU gegen Russland:

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

Ab Seite 57 in Anhang VII und X finden sich entsprechende Warenlisten.

-----

Übersicht über die derzeitigen EU-Sanktionen gegen Russland in Zusammenhang mit dem Krieg:

[EU restrictive measures in response to the crisis in Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](https://www.consilium.europa.eu/en/policies/eu-restrictive-measures-in-response-to-the-crisis-in-ukraine/)

-----

GTAI-Sanktionsübersicht:

[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](https://www.gtai.de/en/eu-russia-sanctions/)

-----

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:

[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](https://www.correctiv.org/sanctions-tracker/)

-----

Weitere Meldungen:

Tagesschau

[Krieg gegen die Ukraine: Neue EU-Sanktionen gegen Russland | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/ausland/ukraine-sanktionen-gegen-russland-101.html)

Die EU hat weitere Sanktionen gegen Russland beschlossen. Das Paket zielt auf Personen und Organisationen, die in den Krieg gegen die Ukraine verwickelt seien. Russlands Zugang zum EU-Finanzmarkt soll noch weiter eingeschränkt werden.

Wegen des Krieges in der Ukraine weitet die Europäische Union ihre Sanktionen gegen Russland aus. Das neue vierte Sanktionspaket soll heute in Kraft treten. Dieses umfasst eine Ausfuhrsperr für Luxusgüter nach Russland, Einfuhrbeschränkungen für bestimmte Produkte der russischen Eisen- und Stahlindustrie sowie ein umfassendes Verbot neuer Investitionen in den russischen Energiesektor.

Zugang zu EU-Finanzmarkt einschränken

Weiterhin dürfen der russische Staat und russische Unternehmen künftig nicht mehr von Ratingagenturen aus der EU bewertet werden. Ziel der Maßnahme ist es, Russlands Zugang zum EU-Finanzmarkt noch weiter einzuschränken. Von dem Verbot sind den Angaben zufolge alle Ratingdienstleistungen betroffen. "Diese Sanktionen werden dazu beitragen, den wirtschaftlichen Druck auf den Kreml weiter zu erhöhen", begründete die EU-Kommission ihre Entscheidung. Zugleich werde damit die Fähigkeit der russischen Regierung eingeschränkt, die Invasion in der Ukraine zu finanzieren. Dieser Schritt sei mit internationalen Partnern abgesprochen worden, insbesondere mit den USA.

Zudem sollen Russland unter anderem handelspolitische Vergünstigungen gestrichen werden, die es eigentlich als Mitglied der Welthandelsorganisation WTO hat. Konkret geht es dabei darum, Russland den sogenannten Meistbegünstigtenstatus zu entziehen. Darüber

wird verhindert, dass der russische Staat und seine Eliten Kryptowerte nutzen können, um die Sanktionen zu umgehen.

-----

FAZ:

Luxusartikel-Ausfuhr nach Russland beschränkt

Europäer dürfen nicht mehr im russischen Energiesektor investieren und Russen müssen auf Luxusartikel aus Europa verzichten. Auch der Oligarch Abramowitsch kommt beim vierten EU-Sanktionspaket nicht ungeschoren davon.

Die EU-Staaten haben sich am Montag auf weitere Sanktionen gegen Russland verständigt. Das nach offizieller Zählung vierte Paket verbietet Investitionen im russischen Energiesektor und Transaktionen mit 13 Staatsunternehmen. Zudem dürften bestimmte Produkte aus Eisen und Stahl nicht mehr in die Europäische Union eingeführt werden. Die Ausfuhr von Luxusprodukten nach Russland wird beschränkt.

Außerdem sollen fünfzehn weitere Personen aus dem Kreis der Oligarchen sanktioniert werden, darunter der Milliardär Roman Abramowitsch. Nachdem sich die EU-Botschafter am Montagnachmittag auf dieses Paket verständigten, war dessen Annahme im schriftlichen Verfahren am Abend nur noch eine Formalie.

Das vierte Paket hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Freitag nach dem Treffen der Staats- und Regierungschefs in Versailles angekündigt. Es wurde eng im Kreis der G-7-Staaten abgestimmt.

Dazu gehört auch, dass diese Staaten die Meistbegünstigungsklausel im Rahmen der Welthandelsorganisation nicht mehr auf Russland anwenden wollen. Dadurch muss das Land höhere Zölle und Abgaben auf Güter zahlen, die es in die sieben Länder exportiert. Da der Handel ohnehin immer weiter eingeschränkt wird, handelt es sich vor allem um einen symbolischen Akt.

Das Verbot von Investitionen im russischen Energiesektor wurde so gefasst, dass Energielieferungen nach Europa weiter möglich bleiben. Das war Deutschland, aber auch Ungarn, Österreich und Griechenland besonders wichtig. Andere Länder wie die Slowakei und Rumänien drangen hingegen darauf, dass Rohstoffimporte von Eisen und Stahl weiter notwendig seien, weil man sie nicht kurzfristig ersetzen könne. Deshalb sind nur verarbeitete Produkte vom Importbann betroffen.

Bei den Luxusgütern, die nicht mehr ausgeführt werden dürfen, geht es um ein weites Spektrum – von Cognac über Kühlschränke, die mehr als 750 Euro kosten, bis zu teuren Armbanduhren.

Für Verärgerung sorgte im Kreis der EU-Botschafter der Vorstoß des Außenbeauftragten Josep Borrell, der in Versailles überraschend weitere 500 Millionen Euro Rüstungshilfe für die Ukraine angekündigt hatte. Der deutsche Vertreter mahnte an, auch Borrell solle sich

künftig an die vereinbarten Verfahren halten. Bis dato wurde von der ersten Tranche über 500 Millionen Euro weniger als ein Drittel vertraglich gebunden.

-----

Analyse der SWP zum ukrainischen Antrag auf EU-Mitgliedschaft:

[Beitritts-gesuch der Ukraine setzt EU unter Druck - Stiftung Wissenschaft und Politik \(swp-berlin.org\)](http://www.swp-berlin.org)

-----

## 4. Russland-Gegensanktionen

Der Sekretär des Generalrats der Kremlpartei „Einiges Russland“, Turttschak, hat laut russischen Medienberichten mitgeteilt, dass die Partei Gesetzesänderungen über die strafrechtliche Verantwortung gegen diejenigen vorbereite, die die Sanktionen der westlichen Länder gegen Russland befolgten. Dies seien in erster Linie Unternehmen, die sich weigerten, mit sanktionierten russischen Banken zusammenzuarbeiten. Wir halten Sie dazu auf dem Laufenden.

-----

Russland als großer Getreideexporteur schränkt die Ausfuhr von unter anderem Weizen, Gerste und Roggen zeitweise ein. Damit solle der Bedarf im Land gesichert und ein Preisauftrieb für Verarbeiter und Verbraucher verhindert werden, sagte laut dpa die zuständige Vizeregierungschefin Wiktorija Abramtschenko am Montag in Moskau.

Im Grundsatz gilt demnach ab diesem Dienstag bis zum 30. Juni ein Exportstopp für Weizen, Roggen, Gerste, Mais und Mischgetreide, sogenanntes Mengkorn. "Eine Getreideausfuhr im Rahmen von Quoten aufgrund einzelner Lizenzen wird erlaubt", stellte Abramtschenko aber klar. Für Zucker und Zuckerrohstoff gilt der Stopp bis Ende August.

Ausnahmen soll es für Exporte in die von Russland dominierte Eurasische Wirtschaftsunion sowie in die von der Ukraine abgespaltenen Separatistenrepubliken Donezk und Luhansk geben.

Russland ist der größte Weizenexporteur der Welt. Auch die benachbarte Ukraine, gegen die Russland Krieg führt, ist ein wichtiger Produzent. Störungen der Getreideausfuhr beider Länder können nach Einschätzung von Experten zu massiven Preissteigerungen auf dem Weltagrarmarkt führen.

Hier die vom Exportverbot betroffenen Warenlisten auf Russisch:

[Документы - Правительство России \(government.ru\)](https://www.government.ru)

-----

Präsident Putin hat laut russischen Medienberichten ein Gesetz unterzeichnet, das es russischen Fluggesellschaften ermöglicht, im Ausland geleaste Flugzeuge in Russland zu registrieren und inländische Lufttüchtigkeitszeugnisse für diese auszustellen. Dabei handelt es sich um über 400 Flieger im Wert von rund zehn Milliarden US-Dollar. Das Gesetz soll einheimischen Airlines helfen, ihre Flugzeugflotten unter dem „Druck externer Sanktionen“ zu unterstützen, heißt es in der Erklärung. Die Entscheidung kommt de facto einer Enteignung gleich.

[Путин разрешил регистрировать права на иностранные самолеты в лизинге | Forbes.ru](https://www.forbes.ru)

-----

## **VDMA-Bericht zur Aufhebung des Patentschutzes in Russland**

Der VDMA kommentiert das seit 7. März wirksame russische Gesetz zur Aushebung des Patentschutzes. Hier die Analyse:

[Russische Regierung hebt Patentschutz aus - vdma.org - VDMA](#)

Russisches Originaldokument der Verordnung:

[Постановление Правительства Российской Федерации от 06.03.2022 № 299 ·  
Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал  
правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

-----  
Weitere Meldungen aus und über Russland:

### NTV

Russland riskiert wirtschaftlichen Ruin

Als Gegenmaßnahme zu den westlichen Sanktionen will die russische Führung Konzerne verstaatlichen. Experten halten das für "enorm schädigend für das Investitionsklima". Damit wäre jedes Vertrauen zerstört, der Schaden wäre auf Jahre hinaus kaum zu reparieren.

Selbst in friedlichen Zeiten wäre es eine absolute Seltenheit, dass ein russischer Oligarch und eine hochrangige Vertreterin der amerikanischen Regierung öffentlich ein und dieselbe Meinung vertreten. Dieser Tage war das der Fall. Grund waren die Drohungen von Kreml und des Moskauer Parlaments, ausländische Firmen zu enteignen, die ihren Rückzug aus Russland bekannt gegeben haben.

Der schwerreiche Metall-Oligarch Wladimir Potanin verglich den Schritt mit Verstaatlichung ausländischer Vermögenswerte während der Oktoberrevolution. "Es würde uns 100 Jahre bis 1917 zurückwerfen und die Folgen - ein weltweiter Mangel an Vertrauen in Russland seitens der Investoren - würden wir viele Jahrzehnte lang spüren", schrieb er auf Telegram.

Jen Psaki, die Sprecherin von US-Präsident Joe Biden, erklärte auf Twitter, eine "gesetzeswidrige Entscheidung" dieser Art, werde die Wirtschaft im Reich von Wladimir Putin noch mehr in Mitleidenschaft ziehen und rund um den Globus die Botschaft senden, "dass Russland kein sicherer Ort für Investitionen und Geschäfte ist". Unter Verweis auf den Oligarchen erklärte sie: "Sogar ein prominenter russischer Wirtschaftsführer mit Verbindungen zu Präsident Putin hat diese Tatsache erkannt."

"Schon morgen sollten" McDonald's-Filialen "Onkel Wanja" heißen

Bisher sieht es nicht nach einem Einlenken Moskaus aus. Dabei steht Russland nach den Sanktionen schon jetzt vor der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Ende der Sowjetunion 1991 und der Staatspleite. Mit der Drohung einer Enteignung will das Land versuchen, den Niedergang zu bremsen. Nach bisher bekannten Plänen soll es zu einer Verstaatlichung kommen, wenn die Führung eines Unternehmens "faktisch aufgehört hat", ihren Job zu machen. Oder falls der Rückzug zu "einer unbegründeten Einstellung der Tätigkeit, zur Liquidierung oder zum Bankrott" eines Konzerns führt, obwohl es ihm wirtschaftlich eigentlich gut geht. Die Firmen sollen maximal sechs Monate Zeit erhalten, ihren Schritt zu überdenken.

Alles nur ein Bluff? Dafür spricht nichts. Putin unterstützt den Vorschlag. Die Generalstaatsanwaltschaft des Landes ist eingeschaltet und prüft nach eigenen Angaben Anzeichen absichtlicher Pleiten oder Scheininsolvenzen. Die Ankündigung wird mit der spöttischen Rhetorik und von der verqueren Logik begleitet, wie sie typisch sind für die Machthaber im Kreml. Putins Vorgänger als Präsident, Dmitri Medwedew, spricht von "Investoren in Panik", mit deren Geld die Produktion aufrechterhalten werden solle. Parlamentschef Wjatscheslaw Wolodin sagte zum Rückzug von McDonalds, "schon morgen sollten" die Filialen "Onkel Wanja" heißen.

Große Konzerne wie Volkswagen, Boeing, BP, Shell, H&M und Adidas, Nike und Puma haben ihre Produktion, Neuinvestitionen oder Lieferungen mindestens vorläufig gestoppt oder das Land schon verlassen. Betroffen sind faktisch alle Bereiche der Wirtschaft vom Öl- und Gassektor über die Finanzbranche bis hin zur IT. Allein an den 3650 Unternehmen aus der Bundesrepublik, die bis zum Angriff auf die Ukraine in Russland aktiv waren, hingen nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags 280.000 Arbeitsplätze. McDonald's hatte in Russland 850 Filialen mit rund 60.000 Beschäftigten.

Nach Einschätzung von Vasily Astrov, Osteuropa-Experte am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, müssen die russischen Drohungen "absolut ernst" genommen werden. Er nennt Enteignungen im Gespräch mit ntv.de "enorm schädigend für das Investitionsklima". Es werde zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen und der Wissens- und Technologietransfer zum Erliegen kommen. "Das Wegbleiben ausländischer Investoren wird das technologische Aufholen Russlands wesentlich erschweren." Denn ohne die Mutterkonzerne werde es für die verstaatlichten Unternehmensteile "sehr problematisch, weil die Verflechtungen groß sind".

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft zeigt sich besorgt und rät Unternehmen "dringend die Konsultation in Russland tätiger Rechtsanwaltskanzleien, um sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten". Auch die Bundesregierung sei hier gefragt. Dahinter steckt die Sorge vor langen Rechtsstreitigkeiten, auch weil Russland nach der Verstaatlichung obendrein Ansprüche aus verstaatlichtem Eigentum erheben könnte.

Russland-Experte Michael Derrer von der Hochschule Luzern hält es für möglich, dass von der Enteignung betroffene schweizerische Firmen prinzipiell Forderungen an den Staat richten könnten. Denn der drohende Verlust sei die Folge wirtschaftlicher Sanktionen der Schweiz gegen Russland, sagte er dem News-Portal "20min.ch". Die Berner Regierung

"könnte diesen Firmen helfen - vielleicht aus dem Topf beschlagnahmter Gelder von russischen Oligarchen der Sanktionslisten."

Die USA haben den amerikanischen Unternehmen, die betroffen wären, bereits Unterstützung angekündigt. "Russland könnte auch rechtliche Ansprüche von Unternehmen geltend machen, deren Eigentum beschlagnahmt wird", twitterte Bidens Sprecherin Psaki. Die Regierung stehe an der Seite amerikanischer Unternehmen, "die schwierige Entscheidungen über die Zukunft ihrer russischen Niederlassungen treffen müssen". Astrov glaubt, dass das Weiße Haus damit andeuten wollte, bei Bedarf mögliche Klagen in Russland zu unterstützen.

Auch Finanzkonzerne rüsten sich. Die französische Geschäftsbank Société Générale sieht die Gefahr eines Totalverlusts in Russland, weil ihr Minderheitsanteil an der Rosbank verstaatlicht werden könnte. Sie habe "mehr als genug Puffer, um die Konsequenzen eines möglichen Extremszenarios abzufedern, in dem die Gruppe ihre Anteile in Russland ganz verliert", teilte die Société Générale kürzlich mit. Sie dürfte nicht das einzige Finanzunternehmen sein, das mit dem Worst Case rechnet.

Angesichts solcher Entwicklungen leuchtet es ein, wenn Potanin rät: "Wir sollten nicht versuchen, die Tür zuzuschlagen, sondern uns vielmehr bemühen, die wirtschaftliche Position Russlands in den Märkten zu bewahren, die wir so lange gepflegt haben." Der Oligarch, der nicht zum ersten Mal gegen Putins Linie schießt, versucht, dem Kreml eine Umkehr schmackhaft zu machen. "Wir sehen, dass die eigene Wirtschaft des Westens durch die Verhängung von Sanktionen gegen Russland gelitten hat. Also müssen wir klüger sein und ein Szenario vermeiden, in dem uns unsere Sanktionen treffen."

-----

### Tagesschau

#### Drohung mit Verhaftungen und Enteignung

Einem Medienbericht zufolge haben russische Behörden ausländischen Unternehmen nun mit Verhaftungen oder Vermögensbeschlagnahme gedroht. Die deutsche Wirtschaft ist besorgt.

Wie das "Wall Street Journal" (WSJ) berichtet, drohen russische Behörden ausländischen Unternehmen mit Verhaftungen oder der Beschlagnahme von Vermögen, falls sie sich aus Protest gegen den Ukraine-Krieg aus dem Land zurückziehen. Danach haben russische Staatsanwälte Unternehmen wie Coca-Cola, McDonald's, Procter & Gamble und IBM bereits kontaktiert und vor schweren Konsequenzen gewarnt, falls sie die russische Regierung kritisieren.

Die russische Botschaft in den USA bezeichnete den Bericht als "reine Fiktion". Es sei "allein Sache der Amerikaner" zu entscheiden, ob sie auch weiterhin Geschäfte in Russland machten oder nicht.



Seit Russlands Einmarsch in der Ukraine und den folgenden Wirtschaftssanktionen des Westens haben Dutzende internationale Unternehmen ihren Rückzug aus dem Land angekündigt. Die russischen Behörden haben vermehrt Maßnahmen ergriffen, um die Kapitalflucht zu verhindern und den stark fallenden Rubel zu stützen.

Putin für externe Direktoren

Die russische Staatsanwaltschaft hatte bereits am Freitag vergangenen Woche eine "strenge Kontrolle" aller Unternehmen angekündigt, die ihre Geschäfte in Russland einstellen wollten. Zuvor hatte der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew mitgeteilt, die russische Regierung arbeite an Schritten, um eine Insolvenz der Firmen in Russland und dann eine Nationalisierung des Besitzes in die Wege zu leiten.

Präsident Wladimir Putin hatte sich für die Ernennung "externer" Direktoren an der Spitze dieser Unternehmen ausgesprochen, "um sie an diejenigen zu übergeben, die sie betreiben wollen". Das Wort "Verstaatlichung" verwendete er allerdings nicht.

Wie das "WSJ" weiter berichtete, schränkte mindestens ein ausländisches Unternehmen seine Kommunikation mit Mitarbeitern vor Ort ein - aus Furcht, dass diese von den russischen Behörden abgefangen werden könnte.

Deutsche Wirtschaft besorgt

Die deutsche Wirtschaft zeigt sich besorgt angesichts drohender Enteignungen in Russland. "Viele deutsche Unternehmen sind seit Jahrzehnten in Russland tätig und tragen dort die Verantwortung für rund 280.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter", sagte Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. "Derzeit fehlen dazu aber belastbare Informationen, und wir kennen noch keinen entsprechenden Gesetzentwurf. Daher geben wir derzeit auch keine Empfehlungen für unsere Unternehmen ab, beobachten die Entwicklung aber aufmerksam."

Alarmiert äußerte sich auch der Bundesverband mittelständische Wirtschaft. Bundesgeschäftsführer Markus Jerger sagte, zunächst sei davon auszugehen, dass es Unternehmen, die sich nicht aus dem Land zurückziehen, erlaubt werde, ihren Geschäften weiter nachzugehen.

"Dennoch empfehlen wir allen deutschen Unternehmen dringend die Konsultation in Russland tätiger Rechtsanwaltskanzleien, um sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten", so Jerger. Die Bundesregierung sei gefragt, die Interessen in Russland tätiger deutscher Unternehmen nachdrücklich gegenüber der russischen Regierung zu vertreten.

Bereits vor Kriegsausbruch Probleme

Wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mitteilte, waren bis zum Ausbruch des Ukraine-Kriegs noch rund 3650 deutsche Unternehmen in Russland aktiv. Durch den Trend und oftmals den Zwang zur Lokalisierung seien in den vergangenen Jahren die deutschen Direktinvestitionen in Russland gestiegen. Zugleich aber hätten immer mehr Betriebe den russischen Markt verlassen.

Von den in Deutschland aktiven Unternehmen mit Russland-Bezug habe es bereits vor Ausbruch des Krieges sehr negative Rückmeldungen zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen gegeben, hieß es unter Verweis auf eine bundesweite IHK-Umfrage. Die Hälfte der deutschen Unternehmen mit wirtschaftlichen Verbindungen nach Russland habe die Lage und Perspektive ihrer entsprechenden Geschäfte bereits zu diesem Zeitpunkt negativ beurteilt.

-----

Der russische staatliche Fernsehsender „Erster Kanal“ führt eine interne Untersuchung durch, nachdem Marina Owsjannikowa, Redakteurin des Programms, am Montagabend in der live ausgestrahlten Nachrichtensendung „Vremya“ auf das Set gestürmt war und hinter der Moderatorin ein Transparent mit der Aufschrift „Stoppt den Krieg, glaubt nicht der Propaganda“ hochgehalten habe. Sie sei wenige Sekunden zu sehen gewesen, lange genug, um eine Welle der Unterstützung in den russischen Sozialen Medien auszulösen. Die Frau sei festgenommen worden. Vor ihrer Aktion habe sie ein Video aufgezeichnet, in dem sie den Krieg als Verbrechen bezeichne, Russland als Aggressorstaat und Putin als den allein Verantwortlichen benenne.

-----

FAZ:

Zahlungsausfall Russlands rückt näher

Am Mittwoch müssen zwei Dollar-Anleihen bedient werden. Doch Russland will dafür nur Rubel und keine Dollar verwenden.

An den Finanzmärkten spielt der immer wahrscheinlichere Zahlungsausfall Russlands keine große Rolle. Am Aktienmarkt hat der Dax am Montag mehr als 2 Prozent an Boden gutgemacht. Das ist deshalb bemerkenswert, weil der russische Finanzminister Anton Siluanow am Sonntag in einem Fernsehinterview die Finanzmärkte auf dieses Kreditereignis vorbereitet hat. Er sagte, dass Russland seine Schulden in Rubel bedienen werde, solange die westlichen Sanktionen wegen des Einmarsches in die Ukraine den Zugang zu Fremdwährungen blockierten.

Nach seiner Aussage kann Russland derzeit nicht auf Devisenreserven im Volumen von 300 Milliarden Dollar zugreifen. Dabei dürfte es sich größtenteils um Bestände der russischen Zentralbank im Westen handeln. Insgesamt verfügt Russland über Devisenreserven von 640 Milliarden Dollar. Nach Angaben der amerikanischen Investmentbank J. P. Morgan muss Russland die am Mittwoch fällig werdenden Zinszahlungen von 117 Millionen Dollar in der amerikanischen Währung und nicht in Rubel vornehmen.

Rubel-Zahlungen verhindern keinen Ausfall

Auch Jochen Felsenheimer, Geschäftsführer des Münchner Vermögensverwalters Xaia Investment, sieht das so: „Wenn die Zahlung aber nur in Rubel erfolgt und sich daran nach

Ablauf der 30-tägigen Nachfrist nichts ändert, stellt dies einen Zahlungsausfall dar.“ Dann würden die CDS-Kontrakte fällig. Das sind Kreditausfallversicherungen, mit denen sich Gläubiger gegen einen Zahlungsausfall absichern können. Die Prämie Russlands auf diesen Credit Default Swap (CDS) ist seit Kriegsbeginn von 5 Prozentpunkten auf 38 Prozentpunkte nach oben geschossen. Auf eine Forderung von 1 Million Euro gegenüber dem russischen Staat wäre also eine jährliche Prämie von 380.000 Euro fällig. Eine solche Absicherung rechnet sich erst recht nicht mehr, weil für den Abschluss eines solchen Kontrakts der Versicherungsnehmer eine Vorausgebür von 600.000 Euro leisten muss.

Gespannt dürfte der auf Anleihen spezialisierte Vermögensverwalter Pimco die Entwicklung verfolgen. Nach einem Bericht der „Financial Times“ hält die amerikanische Tochtergesellschaft des Versicherungskonzerns Allianz russische Staatsanleihen über 1,5 Milliarden Dollar und hat CDS-Kontrakte auf Russland im Wert von 1 Milliarde Dollar verkauft. Bei einem Zahlungsausfall müsste Pimco also die Versicherungsnehmer entschädigen. Den Aktienkurs der Allianz hat das am Montag nicht belastet. Der Titel gewann mehr als 3 Prozent an Wert.

Auf einen Zahlungsausfall Russlands stellt sich auch der Internationale Währungsfonds (IWF) ein. Dessen Geschäftsführende Direktorin Kristalina Georgiewa hält dieses Ereignis für „nicht mehr unwahrscheinlich“. „Russland hat das Geld für den Schuldendienst, aber hat keinen Zugriff darauf“, sagte sie. Die Abwertung des Rubels habe schon jetzt dazu geführt, dass die Kaufkraft der Menschen in Russland „bedeutend geschrumpft“ sei. Derzeit sehe sie aber nicht die Gefahr, dass ein Ausfall eine weltweite Finanzkrise auslösen könne. Das Gesamtengagement der Banken gegenüber Russland von rund 120 Milliarden Dollar sei zwar nicht unbedeutend, aber „nicht systemisch relevant“.

Mussten vor Kriegsbeginn noch 75 Rubel für einen Dollar gezahlt werden, waren es am Montag 120 Rubel. „In Moskau wird der Rubel rund 8 Prozent fester als an den internationalen Märkten gehandelt“, sagt Stefan Grothaus, Analyst der DZ Bank. Dieser Unterschied erkläre sich zum einen aus den Kapitalverkehrskontrollen, mit denen die Flucht aus dem Rubel gebremst werden solle. Zum anderen müssten russische Unternehmen 80 Prozent ihrer Exporterlöse in Rubel tauschen, was für eine höhere Nachfrage Sorge, sagt Grothaus.

-----  
t-online

Jetzt droht ihm die Pleite

Nun könnte es für Putin ernst werden: Die Frist für eine Zinszahlung über 100 Millionen Dollar läuft ab. Überweist er das Geld nicht, droht eine Staatspleite. Aber was hieße das genau?

Russland ist so gut wie abgemeldet, zumindest auf den internationalen Finanzmärkten. Die westlichen Staaten versuchen mit tiefgreifenden Wirtschaftssanktionen Russlands Präsident Wladimir Putin zum Einlenken im Krieg gegen die Ukraine zu bewegen. Doch was den Druck

auf den Kreml erhöhen soll, birgt für Investoren unangenehme Nebenwirkungen. Und für den russischen Staat.

Denn: Bis zum 16. März muss Russland für seine Staatskredite Zinsen in Höhe von mehr als 100 Millionen US-Dollar zahlen. Wenig später, am 4. April, läuft zudem eine Staatsanleihe über zwei Milliarden Dollar aus.

Experten fürchten deshalb, dass Russland pleite gehen könnte. Es wäre nicht das erste Mal: Bereits 1998 musste Russland Insolvenz anmelden, wobei die Situation damals eine etwas andere war.

t-online erklärt, wann Russland pleite wäre – und welche Folgen das für den Angriffskrieg in der Ukraine und für die Zukunft des internationalen Finanzsystems haben dürfte.

Warum droht Russland die Staatspleite?

Der Grund für die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit ist auf den ersten Blick nicht klar ersichtlich. Das Kuriose ist: Die Staatskasse Russlands ist prall gefüllt, nicht zuletzt dank hoher Öl- und Gaspreise. Allerdings ist das Land wegen der westlichen Sanktionen im Zuge des Ukraine-Kriegs von den internationalen Finanzmärkten so gut wie abgeschnitten. Ein Großteil von Russlands Zentralbankreserven über rund 640 Milliarden Dollar ist eingefroren.

"Es dürfte insgesamt um rund 300 Milliarden Dollar gehen, auf die Russland jetzt keinen Zugriff mehr hat", sagte Hans-Peter Burghof, Inhaber des Lehrstuhls für Bankwirtschaft und Finanzdienstleistungen an der Uni Hohenheim, t-online.

Das Problem: Viele seiner Kredite hat Russland in Dollar bekommen. Diese Schulden kann Russland wegen der Sanktionen jetzt nicht bedienen, selbst wenn der Kreml das möchte. "Ich würde von einem technischen oder inszenierten Bankrott sprechen", sagte Burghof weiter.

So betonen auch die Kreditwächter der Ratingagenturen S&P und Moody's, dass die Hauptursachen für das erhöhte Risiko eines Zahlungsausfalls nicht Geldnot, sondern die Folgen der Strafmaßnahmen sind. Selbst wenn Russland zahlen würde, wäre deshalb ungewiss, ob Gläubiger im Ausland an ihr Geld kommen.

DIW-Chef: Staatsschuldenpleite sehr wahrscheinlich

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, hält eine Staatsschuldenpleite Russlands in den kommenden Monaten für sehr wahrscheinlich.

Auch die US-Investmentbank Morgan Stanley Morgan Stanley Aktie geht von einer Staatspleite aus. "Wir sehen einen Zahlungsausfall als wahrscheinlichstes Szenario", schrieb sie vergangene Woche an ihre Kunden.

Wann ist Russland offiziell pleite?

Das lässt sich schwer sagen. Auch wenn die Zahlungen in dieser Woche ausblieben, würde dies nicht bedeuten, dass Russland von heute auf morgen insolvent ist.

Denn nach dem ersten Zahlungsver säumnis beginnt gewöhnlich eine 30-tägige Gnadenfrist. Der eigentliche Ausfall der Kredite würde demnach erst im April erfolgen.

Der genaue Zeitpunkt des Bankrotts dürfte von außen aber kaum erkennbar sein, sagt Burghof – unabhängig davon, ob es sich um einen technischen, teilweisen oder ganzen Zahlungsausfall handele. Denn der Kreml wird sicher nicht damit hausieren gehen, wenn er pleite ist.

"Wenn Privatleute ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen, steht irgendwann der Gerichtsvollzieher vor der Tür", so Burghof. "Bei Staaten ist das nicht der Fall."

Denn die Gläubiger könnten die Schulden nicht einfach unter Androhung einer Strafe einfordern, sagt er. "Es gibt auch kein Insolvenzgericht, das die Pleite Russlands feststellen könnte." Die Folge wäre lediglich, dass Russland kaum mehr Kredite bekommen würde (siehe nächster Abschnitt).

Welche Folgen hätte eine Staatspleite für Russland?

Die unmittelbaren Folgen für Russland hielten sich in Grenzen, sagt Finanzexperte Burghof. Denn: Angesichts des Angriffskriegs in der Ukraine und den westlichen Sanktionen dürfte es ohnehin ausgeschlossen sein, dass Russland Kredite vom Westen bekommt.

Das werde bei einer Staatspleite selbst nach dem Krieg so bleiben, so Burghof: "Weil Investoren wissen, dass jedes Geld verloren ist."

"Putin katapultiert sein Land ins Aus"

Die langfristigen Folgen eines Bankrotts wären allerdings fatal: "Russland wird auf lange Sicht vom internationalen Finanzsystem ausgeschlossen, wenn das durch den Krieg nicht bereits geschehen ist. Putin katapultiert sein Land ins Aus. Er hinterlässt ein vergiftetes Erbe." Fraglich sei, ob sich Russland jemals davon erhole.

Möglich wäre aber, dass das Land mittelfristig mit China zusammen einen neuen Block im globalen Finanzsystem bildet. China wirbt bereits seit Jahren dafür, unabhängiger vom Swift-System zu werden, aus dem einige russische Banken ausgeschlossen wurden.

"Wenn China geopolitische Interessen verfolgt, ist es ihm ganz egal, ob Russland zahlungsfähig ist oder nicht", sagt Burghof. "Dann werden sich die beiden Staaten ohnehin zusammentun. Aber dafür wird Russland einen hohen politischen Preis an China zahlen müssen." Heißt: Sich in die Abhängigkeit Chinas begeben.

Wahrscheinlich sei zudem, dass Russland dann einfach mehr Rubel druckt, was die Inflation weiter steigen ließe. Dabei rechnet die russische Zentralbank schon jetzt mit einer Inflationsrate von 20 Prozent in diesem Jahr.

Was bedeutet eine Staatspleite für Investoren und Banken?

Nichts Gutes. Sie müssten ihr an Russland verliehenes Geld im Zweifelsfall abschreiben. Kreditausfallversicherungen greifen bei einigen Anleihen womöglich nicht.

Auch die großen Ratingagenturen machen Anlegern wenig Hoffnung. Fitch, Moody's und S&P sehen Russlands Kreditwürdigkeit inzwischen im sogenannten "Ramschbereich", der hochriskante Anlagen kennzeichnen soll. In jedem Fall zeichnet sich eine vertrackte Lage für Russland ab.

Offen sei, wie genau die Auslandsschulden bei einem Ausfall abgewickelt werden – sprich, wer letztlich die Verluste tragen wird, so Burghof: "Die Frage, wer die Kosten der Staatspleite tragen wird, dürfte Gerichte noch über Jahre beschäftigen."

Neue Finanzkrise durch russische Staatspleite unwahrscheinlich

Dass es zu einer neuen Finanzkrise durch eine Staatspleite kommt, ist unwahrscheinlich. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) geht nicht von gravierenden Auswirkungen auf das weltweite Finanzsystem aus.

Das Gesamtengagement der Banken gegenüber Russland von rund 120 Milliarden Dollar sei zwar nicht unbedeutend, aber "nicht systematisch relevant", sagte IWF-Chefin Kristalina Georgieva jüngst dem US-Sender CBS.

Wie kann Russland einem Staatsbankrott entgehen?

Solange Russland Krieg gegen die Ukraine führt und die Sanktionen des Westens wirken, wird Russland den Staatsbankrott wohl nicht abwenden können. Die westlichen Staaten könnten zwar Teile der eingefrorenen Notenbankreserven freigeben, um die Auslandsschulden Russlands zu bedienen.

Das dürfte aber unwahrscheinlich sein, meint auch Experte Burghof. "Der Westen wird drohen, Russland pleitegehen zu lassen – um den Druck auf Putin weiter zu erhöhen", sagt er.

Russland will Schulden in Rubel zahlen

Russland hat zwar angekündigt, seine milliardenschweren Devisenschulden statt mit Dollar oder Euro im Zweifelsfall mit dem stark abgewerteten Rubel zurückzahlen. Das Finanzministerium in Moskau hat dafür eigenen Angaben nach am Montag ein vorübergehendes Verfahren genehmigt.

Ein Kassierer hält Rubel-Scheine in der Hand: Die russische Währung verlor wegen Putins Krieg drastisch an Wert. (Quelle: imago images/ITAR-TASS) Ein Kassierer hält Rubel-Scheine

in der Hand: Die russische Währung verlor wegen Putins Krieg drastisch an Wert. (Quelle: ITAR-TASS/imago images)

Dieses sieht vor, dass die Zahlungen in der heimischen Währung Rubel erfolgen würden, sollten die westlichen Sanktionen wegen der militärischen Invasion in die Ukraine die Banken daran hindern, die Verbindlichkeiten mit Devisen zu begleichen. Doch Gläubiger im Ausland dürften sich dagegen sperren, Rubel zu akzeptieren.

Immerhin hat der Rubel im Zuge des Angriffskrieges stark an Wert verloren, und dürfte im Falle einer Staatspleite noch weiter fallen. "Spätestens wenn Putin die Gelddruckmaschine anschmeit und die Inflation weiter steigt", sagt Burghof. "In diesem Szenario wird kein vernünftiger Investor noch Rubel akzeptieren."

-----  
[Zeit Online](#)

Russland stoppt Getreideexport, Öl aus der Ukraine wird knapp

Russland ist der größte Weizenexporteur der Welt. Und aus der Ukraine kommt ein Großteil des Sonnenblumenöls. In Spanien räumen Hamsterkufer Supermarktregale leer.

Russland schränkt die Ausfuhr von Weizen, Gerste und Roggen zeitweise ein. Damit soll der Bedarf im Land gesichert werden, sagte Vizeregierungschefin Wiktorija Abramtschenko in Moskau. Die Regierung will verhindern, dass die Preise für russische Verarbeiter und Verbraucher zu hoch werden.

Vom 15. März bis zum 30. Juni gilt ein Exportstopp für Weizen, Roggen, Gerste, Mais und Mischgetreide, sogenanntes Mengkorn. "Eine Getreideausfuhr im Rahmen von Quoten wegen einzelner Lizenzen wird erlaubt", sagte Abramtschenko. Für Zucker und Zuckerrohstoff gilt der Stopp bis Ende August. Ausnahmen soll es für Exporte in die von Russland dominierte Eurasische Wirtschaftsunion geben sowie in die selbst ernannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk in der Ostukraine.

Russland ist der größte Weizenexporteur der Welt. Auch die Ukraine ist ein wichtiger Produzent. Störungen der Getreideausfuhr beider Länder können nach Einschätzung von Experten zu massiven Preissteigerungen auf dem Weltagrarmarkt führen. Nach Angaben des Verbands der olsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (Ovid) sind die Ukraine mit 51 und Russland mit 27 Prozent auch die weltweit wichtigsten Exportländer für Sonnenblumenöl.

Letzteres könnte schon bald knapp werden: "Die Vorräte reichen voraussichtlich noch für wenige Wochen", sagte der Ovid-Geschäftsführer Gerhard Brankatschk. Verbraucherinnen und Verbraucher könnten aber problemlos auf andere Speiseöle wie Rapsöl umsteigen. Da seien keine Engpässe zu erwarten.

Lücken in spanischen Supermarktregalen

In spanischen Supermärkten sind Sonnenblumenöl und Mehl wegen Hamsterkäufen bereits ausverkauft oder die Abgabe begrenzt. Insgesamt 62 Prozent des spanischen Bedarfs an Sonnenblumenöl kamen zuletzt aus der Ukraine. "Wir haben Speiseöl nachbestellt, aber bekommen seit Tagen nichts", sagte ein Angestellter eines Supermarktes bei Barcelona. Das Gleiche gelte für Mehl. Auch Regale für Nudeln, Haferflocken und Hülsenfrüchte zeigten teils große Lücken oder waren fast leer. Manche Supermärkte beschränkten den Verkauf von Sonnenblumenöl auf fünf Liter pro Person.

Spanien produziert vor allem Olivenöl. Das ist allerdings teurer. Preisgünstiges Rapsöl meiden spanische Kundinnen und Kunden nach einem Giftölskandal mit Tausenden Toten im Jahr 1981. Bis heute wird es kaum angeboten. Straßenhändler hatten damals giftiges Industrierapsöl in den Verkehr gebracht.

Der spanische Dachverband der Großhändler und Supermärkte, Asedas, hatte schon vor Tagen auf ein "ungewöhnliches Verhalten der Konsumenten" beim Kauf von Sonnenblumenöl hingewiesen. Er betonte aber auch, dass die Versorgung mit Speiseöl und anderen Lebensmitteln generell sicher sei. Zu Engpässen könnte es Medienberichten zufolge frühestens ab dem Sommer kommen – falls die nächste Ernte in der Ukraine ausfällt.



## 5. Sanktionen der USA

Die USA sehen neue Sanktionen gegen 11 hochrangige Vertreter aus dem russischen Verteidigungssektor vor, darunter 8 stellvertretende Verteidigungsminister. Zudem diskutieren die USA laut russischen Medien über ein komplettes Handelsembargo gegen Russland und die Blockade internationaler Seewege nach Russland. Die dazugehörigen Dokumente reichen wir nach.

-----

Nach Mitteilung des OFAC wurde die US-Sanktionsliste der Personensanktionen am 15. März um 15 Personen und eine Institution in Tschetschenien erweitert.

Hier die neu sanktionierten Personen auf der US-SDN-Liste:

[Russia-related Designations and Designation Update; Belarus Designation and Designation Update; Magnitsky-related Designations | U.S. Department of the Treasury](#)

Die vollständige US-Sanktionsliste der Special Designated Nationals SDN finden Sie hier:

[Specially Designated Nationals And Blocked Persons List \(SDN\) Human Readable Lists | U.S. Department of the Treasury](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

### Großbritannien

Tagesschau

London: Verbot des Exports von Luxusgütern und Strafzölle

Großbritannien verbietet ebenfalls den Export von Luxusgütern nach Russland. Davon betroffen sein sollen hochwertige Mode, Kunstwerke und Luxusfahrzeuge, wie die Regierung in London mitteilte. Eine genaue Liste soll noch erstellt und dann veröffentlicht werden. Zugleich sollen Strafzölle auf russische Importe wie etwa Wodka, Metalle und Düngemittel im Wert von 900 Millionen Pfund erhoben werden. "Unsere neuen Zölle werden die russische Wirtschaft weiter vom Welthandel isolieren und sicherstellen, dass sie nicht von dem regelbasierten internationalen System profitiert, das sie nicht respektiert", sagte Finanzminister Rishi Sunak.

Mit den Wirtschaftssanktionen soll der russische Präsident Putin und die Machtelite in Moskau für die Invasion in der Ukraine bestraft werden soll. Viele Oligarchen hatten sich vor dem Krieg in der britischen Hauptstadt niedergelassen, was ihr den Spitznamen "Londongrad" einbrachte.

Die Regierung kündigte außerdem an, Russland und das verbündete Belarus jegliche Unterstützung bei der Exportfinanzierung zu entziehen. Dem Finanzministerium zufolge sind die Strafzölle so ausgewählt worden, dass die Folgen für Großbritannien möglichst gering seien, die für die russische Wirtschaft dafür umso größer. Zu den Waren gehören beispielsweise Eisen, Stahl und Holz, aber auch Schiffe und bestimmte Fischarten.

Weitere Informationen dazu:

[Ukraine-Krieg: Großbritannien verhängt weitere Sanktionen gegen Russland - DER SPIEGEL](#)

-----

Das Vereinigte Königreich hat 350 neue Personeneinträge in die Finanzsanktionsregelungen gegen Russland aufgenommen. Neun weitere Personen wurden wegen Aktivitäten im Cybersektor sanktioniert. Diese Personen/Einrichtungen unterliegen nun einem Einfrieren von Vermögenswerten und einem Reiseverbot. Zu den Personen gehören Mitglieder des Föderationsrates der Russischen Föderation wegen der Anerkennung der Unabhängigkeit von Luhansk und Donezk. Großbritannien vollzieht damit entsprechende EU-Sanktionen nach.

[Notice Russia 150322.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

[Notice Cyber 150322.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

## 7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Tagesschau:

Welche Firmen in Russland bleiben wollen

Viele Firmen stoppen ihre Produktion in Russland oder legen Handelsbeziehungen auf Eis. Doch es gibt auch Unternehmen, die das Geschäft trotz des Angriffskriegs gegen die Ukraine beibehalten wollen.

McDonalds, Starbucks, BMW - sie alle haben sich vom russischen Markt zurückgezogen, ziemlich öffentlichkeitswirksam. Aber es gibt auch eine Menge Firmen, die die Frage "Gehen oder bleiben?" anders beantworten. "Das ist eine sehr schwierige Abwägung im Einzelfall, wir sehen das, die Politik sieht das und die betroffenen Firmen sehen das", sagt Michael Harms, Chef des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft. "Stand jetzt haben sich viele Firmen erst einmal entschieden, das Geschäft weiter beizubehalten."

Henkel, Metro und Bayer liefern weiter Dazu gehört der Konsumgüterkonzern Henkel mit Marken wie Pril und Persil. Und auch der Handelsriese Metro will sein Russlandgeschäft fortführen. Der Pharmariese Bayer kündigte zwar an, alle "nicht-essenziellen Geschäfte" in Russland und Weißrussland zu beenden. Das bedeutet aber genau keinen vollständigen Lieferstopp. Zumindest vorerst will der Konzern weiterhin Gesundheits- und Landwirtschaftsprodukte nach Russland liefern, etwa Mittel zur Behandlung von Krebs- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Saatgut für Landwirte. Eine andere Entscheidung "würde die Zahl an Menschenleben, die dieser Krieg fordert, nur vervielfachen", teilte Bayer mit. Es seien spezielle Branchen, die mit Russland im Geschäft blieben, sagt Ostausschuss-Chef Harms. Vor allem seien es Unternehmen aus der Pharmaindustrie, aus der Medizin oder dem Handel mit Grundnahrungsmitteln.

Es geht um viel Geld

Die Unternehmen argumentieren nicht nur mit der Lebensmittel- und Medikamentenversorgung in Russland, sondern auch mit ihren Mitarbeitern im Land. Aber es geht auch um eine Menge Geld. Knapp zehn Prozent seines weltweiten Umsatzes erwirtschaftete etwa der Handelskonzern Metro in Russland, sagt der Unternehmenskenner Volker Bosse von der Baader-Bank: "Das ist schon verhältnismäßig viel. Hugo Boss macht zum Beispiel drei Prozent in Russland. Metro mit zehn Prozent - da ist man im oberen Drittel der Firmen dabei."

Dabei ist der Konzern auch in der Ukraine aktiv. Und das macht die Lage delikater, denn inzwischen haben sich ukrainische Mitarbeiter in einem Offenen Brief an die Metro-Führung in Deutschland gewandt. Dort heißt es:

Jeder Tag, den Metro in Russland aktiv ist, jeder Rubel, der als Steuer in den Staatshaushalt wandert, hilft dem Aggressor. Seine Armee mit neuen Waffen auszustatten und immer mehr Ukrainer zu töten. Wir fordern Sie noch einmal auf: Schließen Sie das Russlandgeschäft der Metro!

Einen Krieg in der Ukraine und Menschenleben dort aufwiegen gegen Mitarbeiter in Russland und die Lebensmittelversorgung von Hotels, Bars und Tante-Emma-Läden im Riesenreich - das ist eine schwierige Frage, eine ethische Frage. Der Wirtschaftsethiker Thomas Beschorner von der Universität St. Gallen hat eine eindeutige Position. "Aus meiner Sicht haben wir es mit besseren Ausreden der Unternehmen zu tun", sagt er. "Im Moment sind wir noch weit davon entfernt, dass wir es in Russland mit einer Hungersnot zu tun haben. Ich sehe sie jetzt in der Pflicht, da rauszugehen."

Drohung mit späterem Lieferstopp?

Firmen wie Metro und der Konsumgüterkonzern Henkel haben Stellungnahmen veröffentlicht, dass sie den Krieg in der Ukraine ablehnen. Und trotzdem bleiben wollen. Der Bayer-Konzern, der zu den führenden Saatgut-Herstellern gehört, hat russischen Landwirten eigenen Angaben zufolge für die Anbausaison in diesem Jahr bereits "essenzielle" Betriebsmittel bereitgestellt. Über Lieferungen für 2023 und darüber hinaus wolle das Unternehmen später entscheiden - abhängig vom weiteren Vorgehen Russlands.

-----  
Handelsblatt:

RWE zu Energiepreisentwicklung

Der Ukrainekrieg verändert den Energiemarkt derzeit fundamental. Das bekräftigte auch RWE-Chef Markus Krebber, der eigentlich heute die starken Zahlen des Energiekonzerns für das abgelaufene Jahr präsentieren sollte. Krebber verurteilte den russischen Angriff auf die Ukraine scharf, sprach sich aber gegen ein Embargo auf Gas und Öl aus Russland aus. Er verstehe zwar die Forderung danach; Sanktionen müssten jedoch so gewählt werden, dass man sie auch durchhalten könne. „Ein sofortiger Stopp hätte ungeahnte Folgen für die Wärmeversorgung der Haushalte“, sagte der RWE-Chef.

-----  
Tagesschau:

[Folgen für deutsche Wirtschaft: Wo der Krieg die Maschinen stoppt | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ukraine-energie-2022-03-15)

Stahlwerke und Papierkonzerne fahren ihre Fabriken herunter, Spediteure befürchten Pleiten, Fischer lassen ihre Kutter im Hafen. Der kriegsbedingte Energie-Preisschock setzt vielen Branchen hart zu.

Die binnen weniger Wochen dramatisch gestiegenen Öl- und Gaspreise als Folge des Ukraine-Kriegs bremsen zunehmend die deutsche Wirtschaft aus. Vor allem energieintensive Branchen ächzen unter dem Preisschock. Die Gefahr sei, dass sie "die immensen Strom- und Gaspreise" nicht mehr lange durchhalten könnten, klagt Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI).

Erstes Stahlwerk steht zeitweise still

Besonders die Stahlindustrie spürt die Krise. So haben die Lech-Stahlwerke im bayerischen Meitingen in der Nähe von Augsburg die Produktion gestoppt. Das Unternehmen betreibt ein Elektro-Stahlwerk, in dem Schrott geschmolzen wird. Dazu wird deutlich mehr Strom als im klassischen Hochofen benötigt. Dieses Verfahren ist wirtschaftlich momentan nun nicht mehr sinnvoll. "Wir legen die Produktion tageweise still", erklärte ein Sprecher der Lech-Stahlwerke.

Auch die Glasindustrie, ein wichtiger Wirtschaftszweig mit ihren 900.000 Beschäftigten, ist massiv beeinträchtigt durch die explodierenden Gaspreise. Denn sie ist besonders abhängig von dem Energieträger. "Die Glasindustrie benötigt eine Mindest-Erdgasmenge von rund 70 Prozent des Normalbetriebs, um die Glaswannen vor Schäden zu schützen", so eine Sprecherin des Branchenverbands. Erste Glashersteller haben ihre Produktion bereits heruntergefahren.

#### Chemieindustrie warnt vor Anlagen-Ausfällen

Stark betroffen von den hohen Energiepreisen ist ebenfalls die deutsche Chemieindustrie. Am Donnerstag will sich der Branchenverband VCI zu den Folgen und zur Konjunkturlage äußern. "Sollte Gas in Europa knapp werden, könnte die Lage äußerst problematisch werden", warnte vor wenigen Tagen Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des VCI. Schon jetzt stünden viele Betriebe mit dem Rücken zur Wand.

Die Branche setzt eigenen Angaben zufolge rund 2,8 Millionen Tonnen Erdgas als Rohstoff ein, vor allem für die Energieerzeugung. Das ist über ein Viertel des gesamten Gasverbrauchs hierzulande. Sollte es zu einem russischen Öl- und Gasembargo kommen, drohen längere Ausfälle von Anlagen. Das hätte massive Folgen für die Wertschöpfungsketten in Deutschland. Laut VCI benötigen etwa 95 Prozent aller Industriegüter Chemieprodukte - vom Auto über Chips und Dämm-Materialien bis hin zu Fernsehern.

#### Papierhersteller drosseln Produktion

Ähnlich düster sieht es in der Papierindustrie aus. Einzelne Papierkonzerne haben ihre Produktion gedrosselt. Der norwegische Papierproduzent Norske-Skog, der über eine Verzehnfachung der Erdgaspreise klagt, hat in Österreich die Fertigung bis April eingestellt. Ein Unternehmen aus der Hygienepapier-Branche, das seinen Namen nicht veröffentlicht sehen will, hat in der Papierproduktion an deutschen Standorten punktuell Maschinen abgestellt. Weitere Abschaltungen seien nicht auszuschließen.

Die Folgen dürften bald auch die Verbraucher zu spüren bekommen: Toilettenpapier könnte künftig wieder teurer werden. Erinnerungen an die Anfänge der Corona-Krise werden wach, als es zu Hamsterkäufen kam und Toilettenpapier teilweise in Supermärkten vergriffen war.

#### Alarmruf aus der Logistik-Branche

Die lautesten Alarmrufe kommen momentan aus der Logistik-Branche. "Die Unternehmen sind wirklich verzweifelt", warnte Ende vergangener Woche Dirk Engelhardt,

Vorstandssprecher des Bundesverbands Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL). Viele Spediteure könnten derzeit die hohen Spritpreise nicht mehr stemmen. Einzelne Firmen ließen ihre Lkws bereits stehen.

Die Logistik-Branche hat noch ein anderes Problem: den Mangel an Fahrern. Gut 100.000 ukrainische Fahrer, die normalerweise über osteuropäische Betriebe für deutsche Spediteure unterwegs sind, fehlen jetzt.

Selbst für Fischer lohnt es teilweise nicht mehr, zur See zu fahren. Weil der Treibstoff zu teuer geworden ist, lassen viele deutsche Fischer an Nord- und Ostsee ihre Kutter in den Häfen. Der Betrieb ruhe weitgehend, ergab eine Umfrage der Nachrichtenagentur dpa bei mehreren Fischereigenossenschaften.

#### Deutsche Bank senkt Prognose für die Industrie

Die Deutsche Bank sieht schon jetzt klare Bremsspuren in der deutschen Industrie wegen der hohen Energiepreise und der Lieferengpässe. DB Research hat ihre Wachstumsprognose für die Industrieproduktion von fünf Prozent auf drei Prozent reduziert. Engpässe bei der Gasversorgung trafen am stärksten die energieintensiven Industrien der Chemie, die Metallherzeugung und Baustoffe. Zudem könnte der Ukraine-Krieg bei Metallen und anderen Zwischenprodukten die Lieferketten-Unterbrechung verschärfen. So haben VW, Mercedes und BMW haben in einigen ihrer Werke die Produktion gedrosselt, weil der Autoindustrie derzeit wichtige Kabelteile aus der Ukraine fehlen.

#### Maschinenbauer verlieren an Zuversicht

Auch Deutschlands Maschinenbauer stellen sich wegen des Ukraine-Kriegs auf schwächere Geschäfte in diesem Jahr ein. Der Branchenverband VDMA senkte am vergangenen Freitag seine Produktionsprognose deutlich. "Statt eines ursprünglich erwarteten Zuwachses von real sieben Prozent rechnen wir nun für das laufende Jahr nur noch mit einem Produktionsplus von vier Prozent", sagte VDA-Präsident Karl Haeusgen.

Sogar in der IT-Branche ist der Krieg angekommen. 13 Prozent der Firmen seien von den Sanktionen betroffen, erklärte der Branchenverband Bitkom. Sie haben Kunden verloren, leiden unter Rohstoffmangel oder klagen über den Ausfall von Mitarbeitern. Jedes fünfte deutsche IT-Unternehmen hat Mitarbeiter in der Ukraine.

#### Industrie gegen Öl- und Gasembargo

Die Lage in der deutschen Wirtschaft würde sich verschlimmern, sollte Deutschland kurzfristig gar kein russisches Gas oder Öl mehr beziehen. Ein solches Embargo lehne die Industrie ab, sagte BDI-Präsident Russwurm. Das Bruttoinlandsprodukt könnte dann ähnlich stark einbrechen wie im ersten Corona-Jahr, heißt es in einer noch nicht veröffentlichten Studie der Ökonomen Sebastian Dullien und Tom Krebs. Dagegen kommen Forscher der Universitäten Köln und Bonn in einer Studie zum Ergebnis, dass die Folgen eines Import-Embargos für russische Energie handhabbar wären.

## 8. Meldungen zur ukrainischen Wirtschaft

Der ukrainische Energiekonzern DTEK bietet einen Newsletter an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

**Iryna Zdorevska**, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: [ZdorevskaIV@dtek.com](mailto:ZdorevskaIV@dtek.com), Web: [www.dtek.com](http://www.dtek.com)

-----

Welt:

[119 Milliarden Dollar Schäden – Mehr als die Hälfte der ukrainischen Wirtschaft steht still \(msn.com\)](https://www.msn.com)

Der russische Angriff auf die Ukraine hat inzwischen die Hälfte der Wirtschaft des Landes zum Stillstand gebracht. Infrastruktur im Wert von rund 100 Milliarden Dollar (90,7 Milliarden Euro) sei bislang zerstört worden, sagte Oleg Ustenko, Wirtschaftsberater von Präsident Wolodymyr Selenskyj. Der stellvertretende Wirtschaftsminister Denys Kudin präzisierte den Infrastrukturverlust auf 119 Milliarden Dollar. Und dieser Wert steige mit jedem Tag an, warnt er.

„Derzeit arbeiten rund 50 Prozent unserer Unternehmen gar nicht, und die, die noch arbeiten, arbeiten nicht zu 100 Prozent“, sagte Ustenko bei einer virtuellen Konferenz der US-Denkfabrik Peterson Institute for International Economics. „Im Hinblick auf wirtschaftliches Wachstum ist die Situation wirklich sehr deprimierend, selbst wenn der Krieg sofort endet.“

Vor allem in den östlichen Landesteilen sind bei Bombardements der Russen seit Beginn des Krieges am 24. Februar Brücken, Schienenstränge, Flughäfen, Straßen und Gebäude zerstört worden. Viele Verkehrswege sind unbenutzbar, mehrere Schwarzmeerhäfen sind belagert. Lieferketten sind unterbrochen, Personal ist für die Landesverteidigung im Einsatz, vielerorts ist die Produktion schlicht zu gefährlich.

Milliarden-Hilfen werden bereitgestellt

An erster Stelle betonte Ustenko aber die Auswirkungen auf die Bevölkerung: „Das humanitäre Desaster ist viel schlimmer als sich das jemand vorstellen kann.“ Er appellierte dringend an westliche Industrieländer, ein Energieembargo gegen Russland auszusprechen.

Die Zahlungen für russisches Öl und Gas seien „Blutgeld“. Er verstehe, dass die Europäer nicht gerne frieren möchten, dass es auch in Berlin und Paris noch Winter sei. „Aber ich kann ihnen versichern, dass es sehr viel kälter ist in Bunkern und Kellern in der Ukraine.“

An erster Stelle stehe jetzt, in der Ukraine Leben zu retten. Außerdem benötige das Land dringend Waffen und Munition. „Das ist von kritischer Bedeutung.“

Der Internationale Währungsfonds hat in der vergangenen Woche 1,4 Milliarden Dollar als schnell auszuzahlende erste Hilfe bereitgestellt. Und gleichzeitig gewarnt, dass „zusätzliche große Unterstützung wahrscheinlich nötig werden wird, um die Wiederaufbauanstrengungen zu unterstützen“.

Die Weltbank hat 500 Millionen Dollar aus einem Finanzpaket zur Verfügung gestellt, das sich auf drei Milliarden Dollar belaufen dürfte, und der US-Kongress hat 13,6 Milliarden Dollar für militärische und humanitäre Unterstützung bewilligt.

Weizen ist ein wichtiger Exportartikel

Eine Einschätzung der Auswirkungen auf die Volkswirtschaft gilt vielen Ökonomen zum jetzigen Zeitpunkt als kaum möglich, angesichts der anhaltenden schweren Kampfhandlungen. Die Analysten von Oxford Economics nehmen beispielsweise keine Schätzung für die wirtschaftliche Entwicklung vor, bis nicht Anzeichen für einen Ausgang des Krieges sichtbar werden.

Bei einer ersten Umfrage von Focus Economics unter Volkswirten gingen einige Experten von einer Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um bis zu 60 Prozent aus. Ein Minus von acht Prozent bildete sich als Konsens heraus. Noch im Januar hatte der Wert bei plus vier Prozent gelegen.

Als Beispiel für die wirtschaftlichen Auswirkungen für sein Land beschrieb Ustenko die Landwirtschaft. Am Agrarsektor hängen rund 15 Prozent der ukrainischen Wirtschaft. Weizen gehört zu den wichtigen Exportartikeln, die fruchtbaren Ebenen liegen auf Platz fünf der wichtigsten Produzenten weltweit. Die Folgen des Krieges reichen damit weit über die Grenzen des Landes hinaus.

Es fehlen Düngemittel und Pflanzenschutz

Der Kriegsausbruch hat den Weizenpreis bereits mächtig in die Höhe schnellen lassen. Im Februar legte er um rund 50 Prozent zu. Zahlreiche Mittelmeerländer verlassen sich seit Jahren auf Lieferungen aus der Ukraine. Damit das so bleibe, müsse das Land seine Hausaufgabe machen, erläuterte Ustenko.

Normalerweise beginne die Arbeit auf den Feldern, Pflügen, Saat, Düngen, in der ersten Märzwoche. Dann bleibe Zeit bis zur dritten Aprilwoche. Doch durch den Krieg ist das knappe Zeitfenster in diesem Jahr bereits weiter geschrumpft. „Wenn wir nicht in der Lage sind, [unsere Arbeit] zu machen, werden wir gar nichts haben.“

Vielerorts machen die Kriegshandlungen die Arbeit auf den Feldern unmöglich. Außerdem fehlen Düngemittel und Pflanzenschutz. Und selbst wer davon noch Vorräte hat, hat oft keinen Treibstoff, um die Maschinen zum Laufen zu bringen.

Würden nicht in Kürze Dünger eingesetzt, dürfte die Produktion von Winterweizen um 15 Prozent hinter den Vorjahren zurückbleiben, sagte Elena Neroba vom Getreidebroker Maxigrain der Nachrichtenagentur Reuters. Viele Landwirte rechnen mit deutlich stärkeren Einbußen von 50 Prozent und mehr.



Eine noch bedeutendere Rolle spielt die Ukraine für Sonnenblumenöl. Produkte aus dem Land bedienen gut die Hälfte der weltweiten Nachfrage.

#### Engpass bei Roheisen

Doch längst nicht nur Agrarprodukte sind betroffen. Bereits einen Tag nach Kriegsausbruch hat das Bergbauunternehmen Ferrexpo gewarnt, dass es nicht in der Lage sein werde, seine Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, und sich dabei auf Force Majeure, einen Schaden durch höhere Gewalt berufen.

Ferrexpo ist einer der wichtigsten Lieferanten von Roheisen in kleinen Einheiten, das für die Stahlproduktion benötigt wird. Zu dem Zeitpunkt war die Produktion noch nicht beeinträchtigt, der Hafen von Odessa, über den das Unternehmen seine Produkte verschifft hatte, war jedoch schon geschlossen.

Eine Option, eines Tages den Wiederaufbau zu unterstützen, sei der Zugriff für Kiew auf die im Zuge der Sanktionen eingefrorenen russischen Zentralbankreserven oder auch das sanktionierte Vermögen von Oligarchen und Vertrauten des russischen Präsidenten Wladimir Putin, sagte Ustenko. „Wir werden die Wirtschaft wieder aufbauen müssen.“

## 9. Hilfsaktionen

### #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Initiative [#WirtschaftHilft](#) der Spitzenverbände BDA, BDI, DIHK und ZDH, die am 10. März 2022 ins Leben gerufen wurde. Die Internetseite [www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info) dient als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende bei der Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu folgenden Themen:

- Hinweise zu bedarfsgerechtem Spenden;
- Unterstützung für deutsche Unternehmen;
- Sicherung des Geschäftsbetriebs und Auswirkungen auf Beschäftigungsverhältnisse sowie
- vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.

Im Rahmen der Initiative [#WirtschaftHilft](#) veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich. Bitte finden Sie die Webseite [hier](#).

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an [Stefan Kägebein](#) und [Petya Hristova](#).

---

### Jobangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Der Ost-Ausschuss hat eine Koordinationsstelle eingerichtet, die dabei hilft, ukrainischen Flüchtlingen in Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa zu vermitteln.

Erste Jobangebot finden Sie auf unserer Webseite:  
[Jobs \(gu-dp.com\)](#)

Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138,  
[a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

---

### Unterkünfte für Flüchtlinge

Die Rotary-Clubs in Europa vermitteln Unterkünfte für Flüchtlinge:

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>  
Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

---



## Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Auf diesen Internet-Seiten gibt es Hilfsangebote für ukrainische Flüchtlinge:

### Unterkunft

Vermittlung von Unterkünften für mehrere Wochen: [www.unterkunft-ukraine.de](http://www.unterkunft-ukraine.de) (Ukr/Rus)

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>  
For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

### Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit für Fahrer und die eine Fahrt suchen: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

### Angebote, Freiwillige

- Hilfsseite der Stadt Berlin: [www.berlin.de/ukraine](http://www.berlin.de/ukraine)
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Ehrenamtliches Engagement: <https://www.pankow-hilft.de/>

### Allgemeine Informationen

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>

---

## Finanzsanktionen

Die Deutsche Bank hat eine Informationsseite zur Lage in Osteuropa erstellt, auf der sie Fragen zu den aktuellen Finanzsanktionen beantwortet. Mehr Informationen finden Sie unter den folgenden Links:

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

[Situation Russland-Ukraine: Auswirkungen auf Ihr Geschäft – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

---

## Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

---

## Lebensmittel

**BMEL:** Der Aufbau der Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine läuft auf Hochtouren. Das Ministerium erstellt gerade Funktionsadressen, weitere Personalstellen sowie eine Internetseite, die spätestens Anfang nächster Woche verfügbar sein wird. Auch in der Aufbauphase dieser Plattform sind wir bereits aktiv und unterstützen nach Kräften einen effizienten Ablauf der ersten Hilfslieferungen. Sie können die Koordinierungsstelle kontaktieren unter: E-Mail: [info@lebensmittelhilfe-ukraine.de](mailto:info@lebensmittelhilfe-ukraine.de). Die Telefonnummern werden in Kürze eingerichtet.

## Medizinische Güter

Vorliegende Bedarfslisten der UA Seite wurden an die German Health Alliance weitergeleitet. Unternehmen können auf Grundlage dieser Liste lieferbare Produkte an die Ukrainische Botschaft in Berlin weiterleiten. Dort unterstützt man dann mit Logistik bis zur PL Grenze und in der Ukraine.

**Kontakt:** Petya Hristova, [P.Hristova@oa-ev.de](mailto:P.Hristova@oa-ev.de); Stefan Kägebein, [S.Kaegelbein@oa-ev.de](mailto:S.Kaegelbein@oa-ev.de)

---

## Medizinische Güter

### SPENDENAUFTRUF

#### Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: [ukraine@medeor.de](mailto:ukraine@medeor.de)).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

---

## **Energiewirtschaft**

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

---

## **Ukrainische Regierung**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:  
[iwanttohelpukrainians@gmail.com](mailto:iwanttohelpukrainians@gmail.com)

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

## **Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!**

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

**Rotary hilft.**



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

- 1. Country -**
- 2. Name -**
- 3. City/town -**
- 4. Phone number (für WhatsApp?) -**
- 5. Amount of people I can host -**
- 6. For how long I can host -**
- 7. What I can offer in addition -**

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

#### **Weitere Links von Initiativen:**

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](#)



**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

